

Wirtschaftsfriedliche Fragen.

Auf der sechsten in Breslau abgehaltenen Jahresversammlung des Hauptausschusses nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands gab Dr. Hoff-Düsseldorf bei der Erörterung der Entwicklung des Gewerkschaftslebens in Deutschland folgende Darlegung einschlägiger englischer Verhältnisse:

Wenn wir nach den Ursachen des jetzigen Weltkriegs forschen, dann müssen wir ganz bedeutend das Schuldkonto der englischen Gewerkschaften belasten, weil sie Englands wirtschaftliche Verhältnisse so ungünstig beeinflusst haben, daß ein Wettbewerb mit Deutschland nur noch nach einem gewaltsamen Zurückwerfen, nach einer Zerkümmung des deutschen Wirtschaftslebens möglich erschien. Einst hat die englische Industrie unbestritten den Weltmarkt beherrscht. Ist die deutsche Leistung so bedeutend gestiegen oder ist die englische Leistung minderwertiger geworden? Die Antwort lautet: Die glänzenden Leistungen des deutschen Wirtschaftslebens sind im vollendeten Maße das Verdienst unseres Volkes. Daß wir aber als ein gefährlicher Konkurrent Englands auftreten konnten und daß unsere Industrie der englischen Industrie den Rang abzulaufen im Begriff war, muß auch auf die Tatsache zurückgeführt werden, daß England nicht die Arbeitskräfte besaß, oder richtiger nicht mehr besaß, um dem Wettbewerb im vollen Maße auszuhalten. Es sind also nicht nur positive Kräfte auf Deutschlands Seite gewesen, die unserer Industrie das Übergewicht über die englische Industrie gegeben haben; an dem Rückgang der englischen Industrie sind auch negative Kräfte beteiligt, die an ihrem Verfall die Schuld tragen. England hat sich jahrzehntelang den Wirtschaftsfrieden erkauft durch fortgesetzte Zugeständnisse der Arbeitgeber an die Gewerkschaften. Solange Englands Industrie ohne Wettbewerb den Weltmarkt beherrschte, waren die Zugeständnisse dem englischen Produzenten nicht fühlbar; sie mußten aber verhängnisvoll in dem Augenblick werden, wo die unbedingte englische Überlegenheit durch das Aufkommen neuer Industrieländer, insbesondere Amerikas und Deutschlands, in Frage gestellt wurde. Das Bestreben in der englischen Gewerkschaftsbewegung ist, die Arbeit des einzelnen zu beschränken, um einer möglichst großen Anzahl Arbeit zu bieten. Es ist aber ein Trugschluß, daß auf diese Weise sich ein Wohlstand der Massen erzielen läßt; gerade das Umgekehrte ist der Fall. Nur eine blühende Industrie ist in der Lage, sich zu vergrößern und in ihrer Erweiterung immer neue Stellen für Arbeitskräfte zu schaffen.

Deutlich läßt sich diese verschiedene Entwicklung der deutschen und englischen Wirtschaftsverhältnisse in zwei Zahlen ausdrücken, im Vergleich der Löhne und der durch die Arbeitslosigkeit verursachten Auswanderung. Einer Verdienststeigerung in der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie von 18,7 Prozent in den Jahren 1900 bis 1911 steht ein Rückgang der englischen Löhne um 0,17 Prozent gegenüber. In dem Jahr fünf vor dem jetzigen Weltkrieg betrug die deutsche Auswanderung, berechnet auf den Kopf der Bevölkerung, 0,36 auf das Tausend. Die englische war 16 mal so groß. Daß ungünstige Arbeitsverhältnisse und Auswanderung im engsten Zusammenhang stehen, geht daraus hervor, daß die deutsche Auswanderung nach den Krisenjahren zu Beginn der achtziger Jahre 13 mal so groß war als im Jahrfünft vor dem Krieg. Umgekehrt hatte Deutschland vor dem Kriege einen von Jahr zu Jahr wachsenden Zustrom von ausländischen Arbeitern, der die deutsche Abwanderung etwa um das 25fache übertraf. England ist, was bei dieser Entwicklung nicht wundernehmen kann, schon lange nicht mehr das Land des Wirtschaftsfriedens. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre vor dem Kriege waren in England beinahe doppelt so viele Arbeiter an den Streiks beteiligt als in Deutschland. Besonders ungünstig fällt für England ein Vergleich des ersten Kriegsjahres aus. Die Zahl der in der Zeit vom 1. September 1914 bis 31. August 1915 streikenden Arbeiter belief sich in Deutschland auf 10 739, in England auf 345 394; die englische Zahl war also 32 mal so groß als die deutsche. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage in England übertraf die deutsche Zahl sogar 77 mal. Aller Anreiz für menschliche Tätigkeit liegt letzten Endes in dem Streben nach Erfolg, in dem Bemühen um ideellen und materiellen Gewinn. Ohne dieses Streben wären wir zum Stillstand verurteilt. Es wäre aber ein Grundfehler, deshalb einen Unterschied zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Kopf- und Handarbeit zu machen. Ein solcher Gegensatz besteht nicht. Beide Teile sind aufeinander angewiesen.

Entschieden vertrat Dr. Hoff den Standpunkt, daß von Wirtschaftsfriede den sozialen Fortschritt nicht hindere oder ausschalte. Der soziale Fortschritt sei nicht der Zweck, sondern nur das Mittel zum höheren Ziel, nach dem alle streben, zur Wohlfahrt des ganzen, auf dem einzig das Wohlergehen des einzelnen beruhen dürfe. Auch die Arbeitgeberverbände hätten auf friedlichem Wege zur Erhaltung des Wirtschaftsfriedens gewirkt. Die Befürchtung, die Tätigkeit der Arbeitgeberverbände könnte das Arbeitsverhältnis nivellieren, den Lohn auf eine niedrige oder mittlere Stufe allgemein herabdrücken, habe sich als ungerechtfertigt erwiesen. Im Gegenteil hätten die Werte, die auf diesem Gebiete noch rückständig gewesen seien, angeregt durch die Statistiken der Arbeitgeberverbände, die Löhne aufgebessert, vorbildliche Arbeitsstätten geschaffen und sich die Arbeiterfürsorge angelegen sein lassen. Der Vorsitzende des Hauptausschusses, S e n s e n (Hamburg), wies in seinem Vortrage über die Interessen der Arbeiter am Wirtschaftsfrieden nachdrücklich auf die *Arbeitsgemeinschaft* hin, die am 1. Oktober 1915 in Berlin der Hauptausschuß mit den bedeutendsten Vertretern des Unternehmertums geschlossen habe. Diese Arbeitsgemeinschaft werde den wirtschaftsfriedlichen Bestrebungen und Grundsätzen die Bahn im deutschen Wirtschaftsleben ebnen. Die wirtschaftsfriedlichen Verbände zählten zurzeit rund 200 000 Mitglieder in Wertvereinen, vaterländischen Arbeitervereinen und Berufsverbänden. Aus den Verhandlungen sei u. a. eine Entschliebung über die Arbeitsnachweise erwähnt. Danach lehnt der Hauptausschuß alle Bestrebungen ab, welche diejenigen Interessenten-Arbeitsnachweise, die sich in ihrer bisherigen Form und Einrichtung bewährt haben, auf dem Wege der Gesetzgebung auf eine völlig veränderte Grundlage stellen, sie reglementieren oder gar ganz ausschalten möchten. Ein weiterer organischer Ausbau der bewährten Arbeitsnachweise auf den bisherigen Grundlagen biete ausreichende Bürgschaft dafür, daß die Interessen aller Beteiligten gewahrt würden, und daß eine zu wirklich praktischen Erfolgen führende Arbeitsvermittlung gesichert bleibe. In einer andern Entschliebung wird gefordert, daß bei Erfüllung der Aufgaben, die das Gemeinwohl betreffen, gegenüber

familiären Arbeiterorganisationen die volle Gleichberechtigung eingehalten werde und auch die Vertreter der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung hinzugezogen werden. An der Breslauer Tagung nahmen auch teil der Vorsitzende der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Vorsitzende der Deutschen Vereinigung und Vertreter vieler Behörden.